

Elke Baumann, Harry Eisenach, Christian Gloede-Noweck, Bernd Winkelmann
Geschäftsführender Landesvorstand

Presseerklärung

Bremen, 27.05.09

GEW: Kein „Schulfrieden“ durch das Schulgesetz

Heute werden in der Bürgerschaft die neuen Schulgesetze beschlossen. Auch wenn die parlamentarischen Mehrheiten dafür groß sind, wird der erhoffte „Schulfrieden“ nicht eintreten, denn die Probleme des bremischen Schulwesens bleiben.

Mit dem geplanten 2-Säulen-Modell wird der sozialen Entmischung der Schülerschaft nicht entgegengewirkt. Die in letzter Zeit veröffentlichten Armutsstudien haben deutlich gemacht, dass auch in Bremen die soziale Spaltung zunimmt und ungleiche Bildungschancen in den einzelnen Stadtteilen bestehen. Je nach Wohngebiet und sozialer Herkunft weisen Kinder schon am Ende ihrer Grundschulzeit unterschiedliche Leistungen auf. Diese Benachteiligung wird in der weiteren Schulzeit noch verstärkt, u.a. durch die Tendenz zu Restschulen in armen Stadtteilen. Dieser soziale Skandal darf nicht einfach nur zur Kenntnis genommen werden. Deshalb fordert die GEW: Schulen und Kindereinrichtungen in sozial benachteiligten Quartieren müssen erheblich mehr unterstützt werden, personell, materiell, baulich und bei ihrer Schulentwicklung.

Das 2-Säulen-Modell wirkt dieser sozialen Benachteiligung nicht entgegen. Der „Schülertourismus“ zu den Gymnasien und zu einigen bevorzugt angewählten zukünftigen Oberschulen bleibt bestehen. Gleichzeitig werden zusätzliche Probleme an den Schulen geschaffen:

Das neue Zugangsverfahren von der **Grundschule** in den 5. Jahrgang wird die Grundschularbeit pädagogisch negativ verändern, weil dieser einzig flächendeckend integrierten Schule nun eindeutig der Auftrag zum Aussortieren für das Gymnasium erteilt wird.

Die neuen Oberschulen sind als integrierte Schulen geplant. Das ist gut - nur fehlen ihnen für eine pädagogisch sinnvolle Mischung der Schülerschaft schon mal ca. 20% der Schülerschaft, die für die durchgehenden Gymnasien aussortiert sind. Mit diesem Start haben die Oberschulen den Makel der „zweiten Wahl“. Durch zusätzliche gymnasiale Oberstufen an einzelnen Oberschulen und die Vorgabe, an einigen Standorten neben dem Abitur nach 13 Jahren auch das Abitur nach 12 Jahren anbieten zu müssen, will die Senatorin für Bildung das 2-Säulen-Modell gerichtsfest machen. Inhaltlich leidet der Umgestaltungsprozess darunter erheblich. Die parallel zu planenden Prozesse überfordern Schulen arbeitsmäßig und behindern sie an der notwendigen inhaltlichen und personellen Konzentration auf den integrativen Aufbau in der 5. Klasse.

Wenn die Oberschulen trotzdem Erfolge erzielen wollen, brauchen sie Förderung und bessere Rahmenbedingungen:

- Fortführung der Unterstützung durch zusätzliche Lehrerzuweisung und Fortbildung über das erste Jahr hinaus und Einbeziehung aller Oberschulen in die Unterstützung
- 20 SchülerInnen pro Klasse
- Umbau- und Renovierungsmaßnahmen, um Gruppen- und Jahrgangsteamarbeit zu befördern
- Die Schulklassen sind wie in der Grundschule heterogen zusammengesetzt. Schulzeitverkürzungen oder das bilinguale Profil erfolgen individuell über Zusatzangebote. Alle Klassenbildungen, die sozial selektieren, müssen unterbleiben
- Der von der CDU entfachte Kampagne für mehr und frühere leistungsmäßige Trennung der SchülerInnen in einzelnen Fächern muss eine klare Absage erteilt werden.

Die Zielrichtung des Schulgesetzes einer gemeinsamen Schule auch für **Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf** wird von der GEW unterstützt. Um das erfolgreich zu gestalten, müssen einerseits die notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen geschaffen werden, andererseits sind dabei alle Schularten einzubeziehen. Die „Eine Schule für alle“ wäre dazu am besten geeignet.

Schließlich droht mit der Streichung der **Oberstufenzentren** im Schulgesetz auch deren reale Demontage, zumindest in der Stadt Bremen. Gerade diese erfolgreichen, hoch angewählten und angesehenen Schulen dürfen nicht beschädigt werden, sondern sind zu unterstützen!